Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 66 (1987)
Heft: 12

Artikel: Sozialdemokratische Politik und bürgerlicher Freiheitsbegriff : Markt und Freiheit im bürgerlichen Staat

Autor: Baigger, Günter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340537

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

fite zu machen, und einzig der Staat ordnend eingreifen kann. In diesem Sinn kann das Schlagwort vom «geordneten Wettbewerb» unterstützt werden – «geordnet» ganz gross geschrieben.

Sozialdemokratische Politik und bürgerlicher Freiheitsbegriff

Markt und Freiheit im bürgerlichen Staat

Von Günter Baigger *

*Günter Baigger ist Mitglied der sozialpolitischen Kommission der SPS

Vorbemerkung

Der folgende zweiteilige Aufsatz will prinzipielle Aspekte sozialdemoratischer Politik präzisieren. Viele wichtige Zusammenhänge gehen oft in der kurzatmigen Argumentation des politischen Alltags verloren. Ich möchte mit dieser Arbeit einen klärenden Beitrag leisten, der die Vernunft der Grundsätze sozialdemokratischer Politik zeigen soll. Es ist klar, das mit diesem Ansatz nicht jede, insbesonders jede taktisch bestimmte Handlungsweise, begründet werden kann.

Im ersten Teil «Rationale Diskurse und Markt» versuche ich einige Grundsätze der Politik rational einzuführen und zu beschreiben. Im zweiten Teil «Kritische Rekonstruktion bürgerlicher Begriffe» versuche ich, einige Grundsätze bürgerlicher Politik kritisch darzustellen.

Rationale Diskurse und Markt

1. Rationale Diskurse

Ich gehe davon aus, dass in unserer Gesellschaft nicht alle Bedürfnisse quasi automatisch befriedigt werden können. Vielmehr treten tagtäglich Bedürfniskonflikte auf, d.h. Situationen, in denen verschiedene miteinander unverträgliche Bedürfnisse geäussert werden. Es erscheint vernünftig, solche Konflikte soweit möglich durch einen rationalen Diskurs anzugehen:

- Es wird nicht persuasiv (überredend) argumentiert.
- Gegen das Artikulieren bestimmter Meinungen werden keine Sanktionen ergriffen.
- Meinungen werden nicht durch Verweis auf Autoritäten begründet.

Als zusätzliches viertes Kriterium schlage ich vor, nur echte Probleme zu diskutieren. Viele Diskurse scheitern nämlich deshalb, weil man das ursprüngliche Problem nur mehr im Hinblick auf einen fiktiven und unrealistischen Fall diskutiert.

Gegen das Postulat rationaler Diskurse wird verschiedenes eingewandt. Der erste Einwand bezieht sich auf die praktische Durchführbarkeit: Ein rationaler Diskurs erfordere ein viel zu langes Entscheidungsverfahren. Diesem Argument halte ich folgendes entgegen:

Die Forderung nach rationalen Diskursen ist als Ideal zu verstehen, dem man sich durch Reformen nähern kann, ohne es vollständig zu erreichen. Wenn man sich über dieses Ideal einig ist, dann macht es keinen Sinn, dessen Unrealisierbarkeit zu beklagen.

Ich habe sozialdemokratische Politik immer so verstanden, dass letztlich alle Anstrengungen der SP im sozialpolitischen Bereich darauf hinauslaufen, dem Ideal rationaler Diskurse näherzukommen bzw. das Resultat dieser Diskurse in die Tat umzusetzen.

Der zweite Einwand, den vor allem bürgerliche Theoretiker machen, besagt, dass das Ideal rationaler Diskurse aus philosophischen und erkenntnistheoretischen Gründen unmöglich sei. Denn erstens könne man nicht weiterargumentieren, wenn eine Seite ohne Begründung auf ihrer Position beharre. Zweitens lägen im politischen Bereich jeder Argumentation unterschiedliche Weltanschuungen oder Wertordnungen zugrunde, die nicht mehr diskutierbar seien. Beide Einwände stellen auf eine fiktive Diskussionssituation ab, um einen rationalen Diskurs a priori für unmöglich zu erklären. Der erste Einwand ist zwar wahr. Mit jemand, der sich weigert zu diskutieren, kann man nicht diskutieren. Aber eine solche Diskussionsverweigerung tritt hierzulande fast nie auf. Stattdessen strotzen die politischen Parteien geradezu vor Diskussionsbereitschaft. Ebensowenig gilt für die hiesige politische Landschaft, dass weltanschauliche Differenzen eine rationale Einigung scheitern lassen. Solche Differenzen mögen zwar vorhanden sein, sie sind in

der konkreten Auseinandersetzung nicht relevant.
Die katholische Soziallehre beispielsweise begründet von Sozialdemokraten anerkannte Prinzipien wie Solidarität durch christliche Grundsätze wie Nächstenliebe o.ä. Solange man aber zu gleichen Resultaten gelangt, sind weltanschauliche Dispute überflüssig.
Freisinnige Politik wird ebenfalls nie mit der Weltanschauung des Egoismus begründet. In der Diskussion über die Sozialversicherung werben freisinnige Politiker mit anderen Argumenten für ihre Position: Das bestehende Sozialversicherungssystem sei unsozial, erzeuge verkehrte Solidaritäten, mache die Reichen reich. Dieses Argumentationsmuster war bei der Kampagne des Gewerbeverbandes gegen die «Unsoziale Mutterschaftsversicherung» zu beobachten. Diese neue Versicherungsart sei ein unsoziales Giesskannensystem und deshalb abzulehnen. Diese Begründung des Gewerbeverbandes ist unzutreffend, da die lohnprozentuale Finanzierung einen sozialen Ausgleich herstellt, und da überdies die Geburt eines Kindes wegen der Vergrösserung der Familie und wegen der Reduktion der Berufstätigkeit der Eltern auch bei besser Verdienenden einen erheblichen sozialen Abstieg mit sich bringen kann. Ich möchte die damit zusammenhängenden Fragen nicht weiterverfolgen. Stattdessen weise ich darauf hin, dass im Fall der Mutterschaftsversicherung die Argumentation nicht im Weltanschaulichen versickert, sondern im Bereich komplexer aber rationaler Analyse bleibt.

2. Der Markt
In unserer Gesellschaft werden Bedürfniskonflikte seltener durch den Staat, häufiger durch den Markt geregelt. Dieser wandelt Bedürfniskonflikte in Verteilungskämpfe um. Der Markt liefert gleichzeitig zahlreiche persönliche Anreize, die als Ursache für die gewaltige Entfaltung der Produktivkräfte der letzten Jahre gelten. Diese Ausweitung der Produktivität hat dazu geführt, dass in den wesentlichen Industrienationen die Verteilungskämpfe an Heftigkeit verloren haben. Dies ist letztlich auch der Grund dafür, dass im wirtschaftlichen Bereich rationale Dialoge als überflüssig erachtet werden. Der Markt gewährleiste bereits eine ausreichende Verteilung, eine Diskussion darüber sei unnötig. Dagegen werde ich Verschiedenes einwenden. Der Zusammenhang zwischen Markt und Effizienz ist nicht so stringent, wie in der Diskussion oft behauptet wird:
- Einerseits beobachtet man bei so verschiedenartigen Ländern wie England oder Chile eine Verarmung, die sich in der Folge einer verstärkten Hinwendung zu marktwirtschaftlichen Prinzipien einstellte.
- Andererseits zeichnen sich die wirtschaftlich sehr erfolgreichen Länder des Fernen Ostens gerade dadurch aus, dass sie viel weniger marktwirtschaftlich strukturiert sind als die westeuropäischen Länder.

Diese Beispiele verfälschen die Hypothese, Marktwirtschaft sei eine notwendige Voraussetzung für wirtschaftliches Wohlergehen. Überdies ist das Argument der wirtschaftlichen Effizienz nur soweit stichhaltig, als alle Teile der Gesellschaft am erzeugten Wohlstand teilhaben. Das Prinzip sozialer Gerechtigkeit wird aber in der Marktwirtschaft innerhalb eines Landes, im Weltmassstab sogar extrem verletzt.

Ein weiteres Problem des Marktsystems liegt in der ihm eigenen Instabilität. Überlässt man ein Marktsystem sich selbst, bilden sich Monopole, die die Marktgesetze, nach denen sie ursprünglich angetreten sind, ausser Kraft setzen.
Es ist deshalb eine Instanz nötig, die korrigierend in das Wirtschaftsgeschehen eingreift. Die Aufgaben dieser Instanz übernimmt gewöhnlich der Staat.
Wo und wie der Staat eingreift, kann am besten durch rationale Diskussion entschieden werden. Es gibt jedoch einen einfacheren Grund, weshalb auch im Marktsystem nicht auf rationale Diskurse verzichtet werden kann: Um überhaupt die Resultate des Wirtschaftsgeschehens beurteilen zu können, bedarf es rationaler Diskurse.

Kritische Rekonstruktion bürgerlicher Begriffe

3. Geld und Eigentum
Die Anreize des Marktes beruhen auf dem Phänomen Geld. Jedermann möchte möglichst viel davon haben, und dies allgegenwärtige Verlangen nach Geld hält das System in Schwung. Mit Geld kann man sich Gegenstände kaufen, die einem dann gehören. Geld ist insofern nur Mittel zum Zweck. Viele Menschen haben jedoch vergessen, dass Eigentum an Geld kein Selbstzweck ist. Der letztgenannte Nebensatz gilt nicht nur für monetäres Eigentum, sondern für Eigentum schlechthin. Ich behaupte, dass ganz allgemein Eigentum immer nur Mittel zum Zweck und nie Selbstzweck ist. Um dies zu begründen, analysiere ich den Begriff «Eigentum» genauer: Zunächst fällt auf, dass der Eigentumsbegriff eine zweistellige Relation darstellt. Gewisse Gegenstände gehören gewissen Personen. Durch die Eigentumsrelation wird die Welt aufgeteilt in Dinge, die jemand gehören, und Dinge, die dieser Person nicht gehören. Die Eigentumsrelation hat zur Folge, dass alle Menschen, denen ein bestimmter Gegenstand nicht gehört, diesen Gegenstand nicht oder nur nach Massgabe des Be-

sitzers benützen dürfen. In diesem Zusammenhang wird meist übersehen, dass der Besitzer ein Eigentum ebenfalls nicht uneingeschränkt benutzen darf. Die Eigentumsrelation macht also den rationalen Diskurs über die Verwendung von Eigentum in Konfliktfällen nicht überflüssig. Völlig verfehlt ist die Redensart: «Ich kann mit meinem Eigentum machen, was ich will.»
Eigentum dient also zur Bedürfnisbefriedigung, es ist deshalb nicht nur nicht Selbstzweck, in Konfliktfällen muss es zur Disposition gestellt werden. Aus diesem Grund wird im Schweizer Zivilgesetzbuch immer wieder auf die Schranken in der Eigentumsverwendung hingewiesen, die durch die Rechte Dritter bestimmt werden. Obige Überlegungen können durch folgende Fragen zusammenfassend dargestellt werden:
1. Welche Gegenstände sind jemands Eigentum?
2. Was darf/muss jemand tun mit dem, was ihm gehört?
3. Was darf/muss jemand tun mit dem, was ihm nicht gehört?
Dieser drei Fragen sind ethischer und ökonomischer Natur. Sie werden nur selten diskutiert. Dabei sind sie grundlegend für die politische Diskussion. Das weitere Schicksal der Sozialversicherung hängt davon ab, wie man obige drei Fragen beantwortet. Erst wenn klar ist, was einem gehört, lässt sich von Umverteilung reden und darüber diskutieren. Ohne Beantwortung der Fragen 2 und 3 lässt sich auch nicht das Ausmass einer gerechtfertigten Umverteilung bestimmen. Durch die Diskussion dieser drei Fragen könnte insbesondere die Diskussion über den Sozialstaat viel besser begründet werden.

4. Freiheit, Sozialismus und Staat

Der eingängige Slogan einer bürgerlichen Partei der Schweiz heisst «Mehr Freiheit – weniger Staat, mehr Selbstverantwortung». In Deutschland haben die konservativen Unionsparteien in den 70er Jahren mit dem Spruch «Freiheit statt Sozialismus» ebenfalls den Begriff (genauer das Wort) Freiheit besetzt. Der deutsche Soziologe Helmut Schelsky hat in der gleichen Zeit den Begriff Freiheit gegen den Begriff Demokratisierung ausgespielt.
Die Sozialdemokraten haben auf diese Propagandaoffensive irritiert reagiert. Schliesslich waren sie es, die sich in ihrer ganzen Geschichte für mehr Freiheit und Demokratie eingesetzt haben. Und es waren vor allem Sozialdemokraten und andere Linke, die von bürgerlichen Politikern mit repressiven Mitteln an den Rand gedrängt wurden und so in den Genuss bürgerlicher Unfreiheit kamen. Berufsverbote, Einschränkungen der Demonstrationsfreiheit und Repressalien gegen Kriegsverweigerer, das geht alles in erster Linie von bürgerlichen Parteien aus. Um diese bürgerliche Haltung besser verstehen (und kritisieren) zu können, ist es nötig den bürgerlichen Freiheitsbegriff genauer zu analysieren. Nach bürgerlicher Auffassung gehören Markt und Freiheit untrennbar zusammen. Dies erscheint sogar plausibel: In der Marktwirtschaft könne jeder Produzent entscheiden, was und wieviel davon er produzieren wolle, und jeder Konsument, was und wieviel davon er kaufen wolle. Er werde sich dabei vor allem an Qualität und Preis des Produktes orientieren. Dabei entstehende Einbussen an Freiheit seien sachlich notwendig und würden zu einem fairen Ausgleich führen. Überdies sei das Tauschprinzip von Leistung und Gegenleistung auch in ethischer Hinsicht gut verankert. Notwendige Voraussetzung für kostengünstige Produktion sind Technik und Wissen. Erwerb von Wissen ist jedoch an freien Informationsfluss gebunden. Aus diesem Grund sei in der bürgerlichen Gesellschaft die Meinungsfreiheit eine notwendige Bedingung für das Funktionieren der Marktwirtschaft.
Da die Bedürfnisse des Menschen auch künstlerischer Natur sind und der Künstler diese gegen Geld befriedigen kann, herrsche in der Marktwirtschaft auch Freiheit der Kunst. Nach bürgerlicher Auffassung herrscht also in der Marktwirtschaft ein Optimum an Freiheit. Jegliche Eingriffe, insbesondere von seiten des Staates stören diese Freiheit, selbst dann, wenn dieser Staat demokratisch gewählt wurde. Möglicherweise ist dies eine Erklärung dafür, dass Schelsky Demokratie und Freiheit für gegensätzlich erklärt hat.
Diese bürgerliche Auffassung von Freiheit beruht auf einer begrifflichen Einengung. Während ursprünglich ein System als freiheitlich gilt, das jedem eine (möglichst grosse) Zahl von Optionen offenhält, wird im bürgerlichen System Freiheit mit dem Funktionieren des Marktes verwechselt. Dabei fällt gar nicht mehr auf, dass es noch andere Aspekte des Freiheitsbegriffs gibt und dass auch im Markt Freiheiten eingeschränkt werden (müssen). Zum Beispiel:
1. Uneingeschränkte Freiheit des einen schränkt die Freiheit des anderen ein. Dieser Bedürfniskonflikt wird in der Marktwirtschaft nicht mehr wahrgenommen, da er quasi automatisch gelöst wird. Rationale Diskurse finden über den strittigen Gegenstand nicht statt, obwohl dadurch manches Scheinproblem erkannt, mancher Gegenstand wegen seiner Nebenfolgen nicht produziert würde.
2. Der Markt funktioniert nach Regeln, die von marktunabhängigen Instanzen überwacht werden. Speziell verboten sind Diebstahl, Betrug, Sachbeschädigung u.ä. Die Marktwirt-

schaft bedarf deshalb eines umfangreichen Apparates zur Kontrolle. Damit rede ich nicht einer Abschaffung der Polizei das Wort, ich weise nur darauf hin, dass das Verhalten der Marktteilnehmer kontrolliert werden muss. Typisch in diesem Zusammenhang ist die Haltung bürgerlicher Parteien zur Demonstrationsfreiheit. Um die (Markt-) Ordnung aufrecht zu erhalten, sind bürgerliche Parteien sehr rasch bereit, wie zahlreiche Beispiele zeigen, die Demonstrations- und Versammlungsfreiheit einzuschränken.

3. Der Markt wird über die Institution Konkurrenz gesteuert. Auch wenn die Konkurrenz die Produktivkräfte entwickeln hilft, schränkt sie zugleich die Anzahl möglicher Handlungsalternativen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber und damit deren Freiheit ein. Aus diesem Grund gewähren marktwirtschaftlich orientierte Betriebe intern keine demokratischen Freiheiten. Die Angst der Manager vor diskussionsbedingten Effizienzverlusten kann nur durch Druck von «aussen» überwunden werden.

4. Ein weiterer Nachteil des Marktsystems ist die ihm innewohnende Tendenz, Macht und Freiheit ungleichmässig zu verteilen.

5. Schliesslich ist die bereits erwähnte fehlende Souveränität, das eigene System durch Linke in Frage stellen zu lassen, ein Zeichen fehlender Freiheit. Begründet wird die bürgerliche Haltung den Linken gegenüber mit dem plausibel scheinenden Schlagwort «Keine Freiheit denen, die Unfreiheit predigen». **Dagegen lässt sich sehr viel einwenden. hier nur zwei Punkte:**

- Die bürgerlichen Parteien müssten, was ich auch mit meinen Ausführungen anzuregen versuchte, ihren Freiheitsbegriff genauer unter die Lupe nehmen, bevor sie anderen mangelndes Freiheitsverständnis vorwerfen.
- Auch nach solch einer Analyse sollte man nicht ohne Not denen die Freiheit einschränken, die man für weniger freiheitsliebend hält.

Obige Aufzählung zeigt, dass auch in der Marktwirtschaft ein demokratisch gewählter Staat notwendig ist, um die Freiheit zu garantieren. Die eingangs genannten bürgerlichen Slogans erscheinen demgegenüber nicht haltbar. Positiv gewendet ergeben sich aus obiger Analyse einige Schwerpunkte sozialdemokratischer Politik:

- Demokratisierung aller Bereiche der Gesellschaft, um rationale Diskurse zu ermöglichen;
- Ausbau von Meinungs- und Demonstrationsfreiheit;
- Struktur- und Sozialpolitik, um ökonomische Ungleichheiten zu beseitigen;
- Bekämpfung von Monopolen, Kartellen und andere Machtballungen.

Über die einzelnen Massnahmen, die zu diesen Zielen führen, muss diskutiert werden. Wichtig erscheint mir dabei folgendes: Im Mittelpunkt der politischen Orientierung darf nie der Markt oder ein anderes abstraktes politisches System stehen, im Mittelpunkt muss der Mensch, oder genauer jeder Mensch stehen.

Zum neuen Buch von Rudolf H. Strahm

Wirtschaftsbuch Schweiz

Von Armin Jans

Nach den Sommerferien wartete Ruedi Strahm mit seinem neuesten Buch auf, diesmal eine Wirtschaftskunde für das breite Publikum.[1] Sein Zweck ist im einzelnen (S. 7–8):

- Vermittlung von Grundwissen auf allgemein verständliche Weise.
- Befähigung zum wirtschaftspolitischen Urteil.
- Hilfestellung für Lehrer und Referenten im Unterricht an Berufs- und Mittelschulen.

Zum Inhalt

Zunächst werden wirtschaftliche Sichtweisen je nach Standpunkt (Unternehmer, Kapitalgeber, marxistische Lehre, herrschende Lehre in der gegenwärtigen Nationalökonomie, Wirtschaft im Zusammenhang mit Gesellschaft und natürlicher Umwelt) präsentiert. Anschliessend folgt ein Kapitel über die Kosten des Wirtschaftswachstums, wobei die negativen Seiten des Wachstums im einzelnen beleuchtet werden. Sodann wird die Zukunft der Arbeit behandelt. Strukturwandel, Produktivitätssteigerung und Auswirkungen der zunehmenden Computerisierung werden angesprochen. Besonderes Gewicht wird auf die Verkürzung der Lebensarbeitszeit in ihren unterschiedlichen Formen und ihren Auswirkungen auf die Beschäftigung gelegt.

Nach diesen drei grundlegenden Kapiteln schliessen sich sieben kürzere zu speziellen Fragen an:

1. Die Verteilung des volkwirtschaftlichen Reichtums;
2. Mehr oder weniger Staat;
3. Landwirtschaft zwischen Wirtschaftsinteressen und Natur;
4. Energiewirtschaft am Scheideweg;
5. Verkehrswirtschaft zwischen Mehrverkehr und Umkehr;
6. Die Schweiz in der Weltwirtschaft;
7. Konsumenten und Mieter im